Landes-SGK EXTRA
Niedersachsen
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Niedersachsen e. V.
11/12 | 2021

Liebe Freund*innen der SGK Niedersachsen,

gerade haben wir in Niedersachsen in den Räten und Kreistagen und bei den Bürgermeister*innen sowie Landrät*innen durch die Kommunalwahlen viele Veränderungen erlebt – und nun verändert sich bei unserem Mitgliedermagazin DEMO und auch in den regionalen Teilen der DEMO etwas: Es gibt attraktive Planungen für eine bundesweit erscheinende DEMO mit Nachrichten aus den Ländern, die derzeit aber noch in der Abstimmung sind. Wir werden euch in Kürze über die Entwicklungen informieren. Sicher ist, dass diese die letzte Ausgabe der SGK Niedersachsen Extra in dieser Form ist, wir aber auch im neuen Jahr einen guten Kanal zu euch haben werden.

Christiana Steinbrüge Foto: privat

Was sich im nächsten Jahr nicht verändert: Wir können euch ein sehr attraktives Seminarprogramm für das 1. Quartal 2022 präsentieren – vielfältig, qualitativ hochwertig und ein Mix aus Präsenzseminaren und digitalen Angeboten. Von „G" wie „Gute Videos mit dem Smartphone produzieren" über „L" wie „Lokalpresse: Von Profis lernen" bis „W" „Wie werde ich als Fraktion zur Marke" – natürlich immer bezogen auf die Kommunalpolitik – ist für jeden etwas dabei.

Ich wünsche allen einen guten Start in die neue Wahlperiode und eine schöne Adventszeit!

Herzliche Grüße

Christiana Steinbrügge
Vorsitzende

Inhalt

Weihnachtsgruß

Seminarangebote I. Quartal 2022

Die SGK begrüßt neue Mitglieder:

„Wir machen Sachpolitik"

Quo vadis Region Hannover

Acht neue Landtagsabgeordnete

Arbeitshilfe für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Stärkstes Bundestagswahl-Ergebnis geht nach Niedersachsen

Aus der Beratungspraxis der SGK

Foto: marika/pixelio.de

Liebe Freundinnen und Freunde
der SGK Niedersachsen,

wir wünschen euch besinnliche Feiertage
und ein erfolgreiches Jahr 2022.
Habt herzlichen Dank für Eure Unterstützung!

Christiana Steinbrügge
Vorsitzende

Dr. Manfred Pühl
Geschäftsführer

Advent

Der Frost haucht zarte Häkelspitzen
Perlmuttergrau ans Scheibenglas.

Da blühn bis an die Fensterritzen
Eisblumen, Sterne, Farn und Gras.

Kristalle schaukeln von den Bäumen,
Die letzen Vögel sind entflohn.

Leis fällt der Schnee ...
In unsern Träumen
Weihnachtet es seit gestern schon.

Mascha Kaléko

Seminarangebote I. Quartal 2022

SA/DI	08./11.01.22	Politische Kommunikation in digitalen Zeiten	Digital	Sabine Gilleßen
FR/SA	14./15.01.22	Politische Kommunikation in digitalen Zeiten	Hannover	Sabine Gilleßen
SA	22.01.2022	Haushaltsrecht	Cuxhaven	Manfred Eertmoed
DI	25.01.2022	Für HVB's: Wie kann eine digitale Agenda für Kommunen aussehen?	Hannover	Sabine Gilleßen
FR	28.01.2022	Fraktionsgeschäftsführung	Hannover	Manfred Eertmoed
SA	05.02.2022	Lokalpresse: Von Profis lernen	Oldenburg	Anja Michaeli
FR/SA	11./12.02.22	Politische Kommunikation in digitalen Zeiten	Stade	Sabine Gilleßen
FR	11.02.2022	Fraktionsgeschäftsführung	Oldenburg	Manfred Eertmoed
SA/SO	12./13.02.22	Gute Videos mit dem Smartphone produzieren	Emden	Anja Michaeli
MI	16.02.2022	Wie werde ich als Fraktion zur Marke	Digital	Dennis Eighteen,
SA	19.02.2022	Haushaltsrecht	Cloppenburg	Manfred Eertmoed
SA	19.02.2022	Erfolgreich Newsletter erstellen	Hildesheim	Anja Michaeli
SA/SO	26./27.02.22	Gute Videos mit dem Smartphone produzieren	Hannover	Anja Michaeli
SA	26.02.2022	Wie kann eine digitale Agenda für Kommunen aussehen?	Hannover	Sabine Gilleßen
SA	05.03.2022	Lokalpresse: Von Profis lernen	Nienburg	Anja Michaeli
SA	05.03.2022	Baurecht	Braunschweig	Manfred Eertmoed
MI	09.03.2022	Wie werde ich als Fraktion zur Marke	Digital	Dennis Eighteen
SA	12.03.2022	Baurecht	Meppen	Manfred Eertmoed
FR	18.03.2022	Netzwerktreffen neu gewählte Bürgermeister*innen	Digital	Manfred Eertmoed
SA	19.03.2022	Baurecht	Cuxhaven	Manfred Eertmoed
FR	25.03.2022	Rhetoriktraining	Oldenburg	Karin Pritzel
SA	26.03.2022	Rhetoriktraining	Cuxhaven	Karin Pritzel
FR/SA	25./26.03.22	Reden schreiben und halten (für ehrenamtliche Bürgermeister*innen)	Digital	Markus Franz
SA	16.03.2022	Kommunalkongress „Wohnen"	Hannover/Hybrid	SGK

Anmeldungen unter www.sgk-niedersachsen.de unter dem Menüpunkt Seminare

Angebote für Inhouse-Seminare:

- Zusammenarbeit in der neuen Fraktion – wie möchten wir gemeinsam Kommunalpolitik gestalten?
- Haushaltsrechtsrecht in Kommunen – Wo und wie kann Politik gestalten?

Weitere Inhouse-Seminare auf Anfrage.

Bitte vormerken!
Samstag, 16.03.2022 – Kommunalkongress „Wohnen", Hannover/Hybrid

Foto: Tim Reckmann/pixelio.de

Anfragen bei Manfred Eertmoed unter **manfred.eertmoed@sgk-niedersachsen.de** oder Hannelore Hunter-Roßmann unter **hannelore.hunter-rossmann@sgk-niedersachsen.de**

Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

Die SGK begrüßt neue Mitglieder:

Einzelmitglieder

Petra Broistedt, OB Göttingen
Remmer Hein, Leer/O
Ferhat-A. Kara, Helmstedt
Michael Rasch, Ilsede
Dr. Alexander Saipa,
Landrat Goslar
Dirk Zogbaum, Helmstedt

Fraktionen

Stadt Goslar
Gemeinde Liebenburg

Anzeige

DIE AGENTUR **AN EURER SEITE**

Wir arbeiten für die ganze SPD: vom Ortsverein bis zum Parteivorstand – zuletzt auch für Olaf Scholz und Manuela Schwesig.
Wir freuen uns auf neue Projekte mit Euch!

DIE SPD-AGENTUR MIT TARIF-VERTRAG
ASK Berlin

KAMPAGNEN
- Strategieentwicklung
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf
- Plakate

GRAFIK
- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Logoentwicklung

TEXTE
- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung

EVENTS
- Digital, hybrid & vor Ort
- Parteitage & Kongresse
- Konzeption

VIDEO
- Imagefilme & Interviews
- Animationen & Tutorials

PODCASTS
- Konzeption
- Beratung
- Postproduktion

SPONSORING
- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring

ASK Berlin

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH
www.ask-berlin.de

Eure Ansprechpartner
Thomas Mühlnickel | Geschäftsführer | muehlnickel@ask-berlin.de
Dennis Eighteen | Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa. | eighteen@ask-berlin.de

„Wir machen Sachpolitik"

Ein Nachdenkartikel zum Beginn der Wahlperiode in den Kommunen

Autor Haiko Mensing, Journalist a. D. und beratendes Mitglied in Sachen Öffentlichkeitsarbeit in den SPD-Kreistagsfraktionen der Landkreise Friesland und Oldenburg-Land

Wer sich in der Kommunalpolitik als besonders ruhiger Vertreter darstellen will, beruft sich darauf, dass er Sachpolitik macht. Das wird dann – auch und mit Stolz von Genossinnen und Genossen – zugleich als Gegensatz zur Parteipolitik verstanden, die auf Gemeinde- und Kreisebene ja eigentlich nichts zu suchen habe. Dabei sitzen aber in den Räten und Kreistagen Frauen und Männer, die ja nicht in ihre Parteien eingetreten sind, um ihre politische Meinung und Überzeugung beim Eintritt in die kommunalen Gremien abzugeben.

Auch die Verwaltung hat Interessen

Die Sachpolitik wird in vielen Reden geadelt als etwas, das sich an der Sache selbst orientiert und dabei ohne Ideologie oder parteipolitische Präferenz auskommen kann. Damit aber ermöglicht man den Verwaltungen und ihren hauptamtlichen Leiterinnen und Leitern einen Einfluss auf die örtliche Politik, der ihnen in dieser Fülle nicht zusteht. Die Politik zieht sich oft darauf zurück, die Vorgaben der Fachleute zu beurteilen, aber nie grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Verwaltung hat ja eben die Fachleute. Dabei vergessen die Politiker, dass auch die Verwaltung interessengeleitet arbeitet und ihre Vorlagen deshalb immer, ob gewollt oder ungewollt, in eine bestimmte Richtung tendieren. Immer nach dem Motto: Das war noch nie so. Das war schon immer so. Das wird nicht geändert. Aber auch hinter dieser fachlich begründeten, angeblich politisch unbeeinflussten und nur an der Sache orientierten Arbeit der Verwaltung stecken handfeste Interessen, die man oft erst durch beharrliches Nachfragen herausbekommt.

Ist die Geschäftswelt stark, kann die Entwicklung eines Ortskerns ganz anders aussehen als in Orten, in denen es starke Bürgerorganisationen gibt, die die Meinungsführerschaft haben. Ob es mehr oder weniger Parkplätze, bessere Radwege oder Spielplätze gibt, wären Beispiele dafür. Und wenn der Rat sich selber keine Entwicklungsziele mit der Hilfe von unabhängigen Planern aufschreiben lässt, wird er gegen die Vorgaben der Verwaltung nur wenig Argumente haben.

Natürlich ist die Politik in den Gemeinden und im Landkreis stark sachorientiert. Aber es ist noch genügend Platz für parteipolitische Elemente, viele Kommunalpolitiker treten ja nicht ohne Grund als Mitglieder einer Partei an. Wer beispielsweise eine nachhaltige Entwicklung in seiner Gemeinde möchte und zugleich eine Vorstellung von Bodenpolitik hat, die vielen Menschen zugutekommen und nicht den Profit einiger weniger Immobilienunternehmen oder Banken befördern soll, ist vermutlich eher sozialdemokratisch orientiert und kann sich mit dem Gedanken anfreunden, Grundstücke in öffentlicher Hand zu behalten und so günstiger Wohnraum anbieten zu können. Wer dagegen die Privatwirtschaft fördern will, wird diesem Modell wenig abgewinnen. Es geht um Sachpolitik, natürlich, aber sie kann eben auch politisch inhaltlich begründet werden.

Das gilt auch für den Öffentlichen Personennahverkehr. Eine Gemeinde kann sich entscheiden, mehr Geld in diesen Bereich als Zuschuss zu stecken, um den Bürgerinnen und Bürgern den Verzicht aufs Auto schmackhaft zu machen. In der Sozialpolitik gibt es viele Möglichkeiten, durch bewusstes Handeln über die gesetzlichen Regelungen hinaus ein Profil zu schärfen und mehr zu tun, als nur zu verwalten.

Nachdenken über das eigene Profil Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

Wer gewählt werden will, braucht ein Profil

Wer sagt, er will Sachpolitik machen, macht es sich oft zu einfach und öffnet Alleingängen der Verwaltung Tür und Tor. Außerdem verwässert er sein eigenes Profil bis zur Unkenntlichkeit und wird es bei Wahlen schwerer haben, Argumente zu finden, warum man ihn wählen sollte. Denn Sachpolitik machen alle anderen ja auch.

Ja, es gibt sogar Gruppen, die sich bewusst von den Parteien abgrenzen, behaupten bürgerorientiert zu arbeiten und behaupten, ganz besonders transparent zu agieren. Klopft man ihre Beweggründe ab, stellt sich oft heraus, dass es um einzelne Punkte geht oder sogar verletzte Eitelkeiten Grund für die Bildung einer neuen Bürgerbewegung sind.

Das alles spricht nicht gegen Sachpolitik, aber für eine, die sich aus bestimmten Anschauungen und Überzeugungen erklärt. Zu oft wird der Begriff der Sachpolitik negativ und als Abgrenzung verwendet. Damit helfen viele der sehr engagierten Kommunalpolitiker mit, ihre eigene Parteizugehörigkeit und die Parteien zu diskreditieren. Sie tragen damit zu Politikverdrossenheit bei, ohne es zu wollen. Das aber kann nicht im Sinne der Bürger und der Kommunalpolitiker sein. Niemand auf kommunaler Ebene macht Politik, ohne bestimmte Werte zu bedenken oder im Hinterkopf zu haben. Wer sich das bewusst macht und seine Werte und Vorstellungen in die Politik einbringt, ist gleichzeitig im besten Sinne Interessenvertreter, aber auch gewappnet gegen eine „ideologiefreie Sachpolitik", die angeblich alternativlos ist und allen Bürgern gleichermaßen dient. Sie dient aber nur denen, die an den Hebeln sitzen und Steuerungsmöglichkeiten aus dem Hintergrund haben. Leidtragende sind die, die nach bestem Wissen und Gewissen Sachpolitik machen, aber ihre eigenen Vorstellungen und Ziele darüber vergessen, konturlos bleiben und gar kein Profil mehr besitzen.

Quo vadis Region Hannover

Der neue Regionspräsident Steffen Krach startet seine Amtszeit

Foto: Anne Hufnagl

Drei Fragen an Steffen Krach:

Kurz vor deiner Wahl hast du ein 100-Tage-Programm veröffentlicht. Was sind die wesentlichen inhaltlichen Punkte darin?
Wir wollen schnell Erfolge erzielen bei den aktuell drängenden Fragen – dazu gehört natürlich aktuell die Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die Inzidenzen steigen wieder und die Intensivstationen füllen sich. Deshalb bin ich für eine deutliche Ausweitung der 2G Regelung. Wir müssen außerdem darüber sprechen, wie wir die Impfquote erhöhen. Gerade in Bereichen mit einem besonders gefährdeten Personenkreis brauchen wir eine 100%ige Impfquote, deshalb darf auch die Impfpflicht kein Tabu mehr sein.

Gleichzeitig arbeiten wir daran, die mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie zu mildern. Insbesondere die Kinder leiden unter den eingeschränkten Kontaktmöglichen. Deshalb wollen wir mit Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen eine schnelle und sichere Rückkehr in den Alltag ermöglichen. Auch eine Unterstützung der Gastronomie, des Hotelgewerbes oder der Kulturschaffenden drängt. Dafür wollen wir in den ersten 100 Tagen einen Runden Tisch einberufen, der gezielt auf die Bedürfnisse der Branchen eingehen soll.

Die Region Hannover feiert dieses Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Wo siehst du die Region in 2041, also 20 Jahre weiter?
Die Region hat die ersten 20 Jahre sehr erfolgreich gestaltet. Die Idee der Region hat absoluten Vorbildcharakter. Darauf wollen wir mit zukunftsweisender Politik in der Region Hannover und darüber hinaus aufmerksam machen. Im Wahlkampf wurde ich häufig darauf angesprochen, wofür ein Präsident der Region eigentlich zuständig sei. In 5 – und erst recht in 20 – Jahren soll die Region Hannover und ihr Wirken präsenter in den Köpfen der Menschen sein. Das gelingt, indem wir bei vielen Themen Vorbildregion werden. Dazu gehört zum Beispiel die Klimaneutralität bis 2035 oder das 365-Euro-Ticket.

Was sind die größten Herausforderungen für die Region Hannover in den nächsten Jahren?
Die Region Hannover steht genau wie Deutschland und die Welt vor teilweise sehr ähnlichen Herausforderungen: dem menschengemachten Klimawandel. Unser Planet ist unsere Lebensgrundlage. Ich bin überzeugt, dass der Kampf gegen die Klimakrise meine Amtszeit prägen wird. Gleichzeitig bin ich optimistisch, dass wir hier einen Beitrag leisten und einen Unterschied machen können. Natürlich braucht es die Unterstützung durch die Gesetzgebung im Bund. Richtig bleibt aber: Der Klimawandel ist eine politische Krise und Politik ist gestaltbar. Wir können hier etwas bewegen.

Grafik: Region Hannover

Vorgestellt

Steffen Krach, Präsident der Region Hannover
* 7. August 1979, verheiratet, 3 Kinder

Beruflicher Werdegang
seit 1.11.2021
Regionspräsident der Region Hannover

12/2016 – 10/2021
Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei: Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung

2014 – 2016
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft: Staatssekretär für Wissenschaft

2012 – 2014
SPD-Bundestagsfraktion
Leiter der Bund-Länder-Koordinierungsstelle

2011 – 2012
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin: Leiter des Büros der Senatorin Sandra Scheeres

2010 – 2011
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin: Leiter des Büros des Senators Prof. Dr. Jürgen Zöllner

2008 – 2010
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin: Planungs- und Parlamentsangelegenheiten

2007
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin: Persönlicher Referent des Senators Prof. Dr. Jürgen Zöllner

2006
Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin: Referent für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union

2002 – 2005
Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin

2000 – 2002
Studium der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen

1999 – 2000
Zivildienst in Hameln

1999
Abitur in Hannover

Politischer Werdegang
2003 – 2005
Beratendes Mitglied im SPD-Parteivorstand

2002 – 2005
Mitglied des Vorstands und Vizepräsident des Deutschen Studentenwerks (DSW)

2002 – 2005
Mitglied des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen

seit 1998
Mitglied der SPD

Acht neue Landtagsabgeordnete

Autor SPD-Landtagsfraktion

Als neue Mitglieder der SPD-Landtagsfaktion ziehen Sascha Laaken (Leer), Andrea Kötter (Meppen), Bernd Wölbern (Bremervörde) und Barbara Beenen (Elbe) erstmals in den Landtag ein. Zurück in der Fraktion sind Renate Geuter (Cloppenburg), Maximilian Schmidt (Bergen), Gerd Will (Grafschaft Bentheim) und Luzia Moldenhauer (Syke).

Die Nachrücker ersetzen acht Abgeordnete, die bei der Bundestags- beziehungsweise Kommunalwahl Mandate erringen konnten. Verabschiedet wurden Frauke Heiligenstadt, Dr. Christos Pantazis und Dunja Kreiser, die in den Bundestag gewählt wurden. Bernd Lynack, Alexander Saipa und Tobias Heilmann sind seit dem 1. November Landräte, Petra Emmerich-Kopatsch und Volker Senftleben Bürgermeister*innen.

Neuer haushaltspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion ist Alptekin Kirci. Zu wirtschaftspolitischen Themen spricht künftig Christoph Bratmann. Sprecherin für Verfassungsschutz wurde Wiebke Osigus, sie wurde des Weiteren in den Fraktionsvorstand gewählt. Weitere Sprechernachfolger*innen für die ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten müssen noch gewählt werden.

Die Neuen: v. l.: Sascha Laaken, Luzia Moldenhauer, Renate Geuter, Gerd Will, Barbara Beenen, Andrea Kötter, Bernd Wölbern, Maximilian Schmidt Foto: Jesse Wiebe

Neue Rats- und Kreismitglieder aufgepasst!

Arbeitshilfe für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Die SGK Niedersachsen hat eine Arbeitshilfe erarbeitet. Mit beigefügtem Bestellbogen können Exemplare bestellt werden.

Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis:

2. Organisation erleichtert das Geschäft
3. Rechte und Pflichten einer/s Abgeordneten
4.Vertretung und Hauptverwaltungsbeamter
4.1. Die Vertretung als Hauptorgan
4.2.Die Stellung des Hauptverwaltungsbeamten
4.3. Der Hauptausschuss
4.4. Die Fachausschüsse
4.5. Stadtbezirke/Ortschaften
5. Verfahrensgang in der Vertretung
6. Fraktions- und Parteiarbeit
7. Finanzen
8. Der kommunale Haushalt
9. Aufgaben der Kommune
10. Städtebauliche Planung
11. Informationsquellen
12. Fortbildungsmöglichkeiten
13. SGK

Bestellformular

Ich/Wir bestelle(n) ____ Exemplare der SGK-Arbeitshilfe für neu und wiedergewählte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Lieferung an untengenannte Anschrift.
Schutzgebühr (Zahlung: wird per Lastschrift eingezogen)
1 – 4 Exemplare pro Stück 5 Euro, ab 5 Exemplare pro Stück 2 Euro
zu bestellen: per Post SGK-Landesverband Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover, per Fax 0511-1674-211, per E-Mail: manfred.puehl@spd.de

Lieferanschrift: _____

_____

Einzugsermächtigung

Hiermit bevollmächtige ich/wir die SGK-Niedersachsen e.V., die von mir/uns zu entrichtende Schutzgebühr für der SGK-Arbeitshilfe für neu gewählte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker von meinem/unserem Konto abbuchen zu lassen.

_____
Konto-Nr.

_____
BLZ Geldinstitut

_____
Vor- und Zuname bzw. Fraktion

_____
Unterschrift des Kontoinhabers Ort und Datum

Stärkstes Bundestagswahl-Ergebnis geht nach Niedersachsen

Krummhörns Ex-Bürgermeister Johann Saathoff toppt die 50 Prozent

Text Büro SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen

„71.495 Menschen im Wahlkreis Aurich-Emden haben mich wieder direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Ich freue mich über jede einzelne Stimme und bedanke mich von ganzem Herzen für das Vertrauen." Mit diesen Worten dankt Johann Saathoff den Wählerinnen und Wählern aus seiner Heimat. Dass dieser Dank von Herzen kommt, daran zweifelt niemand, der Johann Saathoff persönlich kennt. Der gebürtige Ostfriese lädt seine Gäste gerne auf eine Tasse Tee ein – und das nicht erst, seitdem er im Bundestag sitzt.

Johann Saathoff Foto: Büro Johann Saathoff

Rede auf Plattdeutsch

Vor seiner Zeit als SPD-Bundestagsabgeordneter war Johann Saathoff über zehn Jahre Bürgermeister einer kleinen Gemeinde im äußersten Nordwesten Deutschlands. Die Menschen in Aurich-Emden kennen ihn und seine Arbeit vor Ort. Bereits 2018 erlangte Saathoff deutschlandweit große Bekanntheit. Auf einen Antrag der AfD-Fraktion zur „Verankerung von Deutsch als Landessprache im Grundgesetz" reagierte er, indem er seine Rede in großen Teilen auf Plattdeutsch hielt.

In SPD-Kreisen galt Johann Saathoff bereits nach der Bundestagswahl 2017 als Stimmenfänger der SPD. Dass er sein Ergebnis von damals sogar noch verbessern konnte, schien lange eher unwahrscheinlich. Doch der disziplinierte und engagierte Wahlkampf der SPD half auch dem Krummhörner Abgeordneten. Johann Saathoff, der seit 2013 im deutschen Bundestag sitzt, holte mit 52,8 Prozent der Erststimmen, das einzige Direktmandat in Deutschland mit über 50 Prozent. Mit dem besten bundesweiten Erst- und Zweitstimmenergebnis aller Parteien konnte er mehr Stimmen als alle anderen Direktkandidaten in den insgesamt 299 Wahlkreisen für sich verbuchen.

In der Hauptstadt kämpft Johann Saathoff seit Jahren als energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für den Ausbau Erneuerbarer Energien und setzt sich für die Stärkung des ländlichen Raumes ein. „Ob im ländlichen Raum oder in unseren Metropolen, es ist wichtig, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten geboten werden, um so das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder zu stärken. Doch für sichere und faire Zukunftschancen über alle Generationen hinweg ist ein sozialdemokratisch geprägtes Deutschland unabdingbar", betont Johann Saathoff, der sich im Falle gelingender Koalitionsverhandlungen über einen Kanzler Olaf Scholz freut, der Deutschland zukunftsorientiert und mutig, ganz im Sinne europäischer Solidarität, führen wird.

Als Sprecher der SPD-Landesgruppe Niedersachsen und Bremen mit 25 Niedersächsischen und zwei Bremer Abgeordneten führt Johann Saathoff eine Gruppe aus Abgeordneten, die schon in der Vergangenheit wichtige Funktionen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag ausgeübt haben.

Interessen der Menschen sichtbar machen

„Unser Ziel als Landesgruppe ist es, auch weiterhin in allen wichtigen politischen Bereichen Verantwortung zu übernehmen und die breite Expertise unserer Abgeordneten sinnvoll einzubringen. Dabei sehen wir es als unsere Aufgabe, die Bedürfnisse und Interessen der Menschen aus unseren Heimatregionen, Hand in Hand mit unseren SPD-geführten Landesregierungen, auf Bundesebene sicht- und hörbar zu machen", so der Vorsitzende Johann Saathoff.

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts' regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren."

Ute Vogt, MdB

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Aus der Beratungspraxis der SGK

Fraktionsmittelauszahlung an eine Gruppe

Frage:
Wir haben als Fraktion im Rat eine Gruppe mit fraktionslosen Einzelabgeordneten gebildet. Nun liegen wir im Streit mit der Verwaltung hinsichtlich der Auszahlung von Haushaltsmitteln. Diese sollen nur an uns in Höhe der Zahl unserer Fraktionsmitglieder, nicht aber für die Einzelabgeordneten der Gruppe gezahlt werden. Wie ist die Rechtslage?

Antwort:
Für die Finanzierung von Fraktionen/Gruppen in der Vertretung gilt folgendes:

1. Die Verteilungsgrundsätze sind nicht gesetzlich geregelt, sondern sind in der Geschäftsordnung/Entschädigungssatzung der Vertretung festzulegen.

2. Gruppen sind in der gleichen Weise förderfähig wie Fraktionen, d.h. Maßstab sind die gesamten Angehörigen einer Gruppe.

3. Ob daneben eine Förderung einer der Gruppe angehörenden Fraktion zulässig ist, ist rechtlich umstritten.
a. ablehnend Wefelmeier in Kommentar zu NKomVG, Anm. 19 zu § 57 sowie Überörtliche Kommunalprüfung Niedersachsen 2020.
b. bejahend Meyer, Recht der Ratsfraktionen, 11. Auflage, Kapitel 6.5.1.3.2. mit folgender Begründung: die gruppenangehörige Fraktion verliert in der Gruppe zwar ihre kommunalverfassungsrechtlichen Befugnisse an die Gruppe, nicht aber ihre politische Eigenständigkeit. Daher hat die Zuwendung der Kommune an die Fraktionen zu erfolgen, soweit diese politisch eigenständig bleiben. Um eine Doppelfinanzierung zu verhindern, ist die Zahl der Fraktionsmitglieder bei der Finanzierung einer Gruppe in Abzug zu bringen. Sie kann sich also nur auf die fraktionslosen Mitglieder der Gruppe beziehen.

Ich halte die Auffassung von Meyer für überzeugend.

Wenn man sich dieser Auffassung anschließt, bedeutet das für euch:
– Ihr könnt eine Auszahlung an die Gruppe oder an die Fraktion beanspruchen. In letzterem Fall erhält die Gruppe nur den Anteil für die fraktionslosen Mitglieder der Gruppe.

– Wenn ihr weiter eure Eigenständigkeit in der Finanzierung beansprucht, bedeutet das aber auch zugleich, dass die erhöhte Aufwandsentschädigung des Fraktionsvorsitzenden sich an der Zahl der Fraktions- und nicht der Gruppenmitglieder orientiert.

Insgesamt ist daher eine Eigenständigkeitserklärung sorgfältig zu prüfen.

Im Übrigen sind Rechtsstreitigkeiten mit der Kommune im Zusammenhang mit der Gewährung von Fraktions-/Gruppen-Mitteln als Kommunalverfassungsstreitverfahren vor dem Verwaltungsgericht zu führen.

Quotenregelung in der Fraktion

Frage:
Gilt die Quotenregelung auch für die Besetzung von Ämtern in den kommunalen Gremien? Kann die Quotenregelung rechtlich durchgesetzt werden?

Antwort:
1. Die entsprechenden Regelungen in den Statuten der SPD (§ 11 Organisationsstatut, § 3 Wahlordnung --- Bezirksstatute) dürften geläufig sein. Sie beziehen sich verbindlich, d.h. mit der evtl. Möglichkeit, ihre Durchsetzung auch gerichtlich zu erzwingen, nur auf die Besetzung von Parteiämtern oder auf Wahlvorschläge (z. B. Kandidatenlisten für Kommunalwahlen).

2. Für die Besetzung von Sitzen im Hauptausschuss einer Kommune (§ 74 ff. NKomVG) oder in entsprechenden Fachausschüssen gilt folgendes:

a) Das Ganze ist zunächst einmal eine politische Frage, d. h. inwieweit man auch auf kommunaler Ebene die in den Statuten getroffenen Regelungen umsetzt.

Die nachfolgenden Ausführungen beleuchten die rechtliche Seite, d. h. die Frage einer evtl. gerichtlichen Durchsetzung.

b) Hat sich die Fraktion eine Geschäftsordnung gegeben (was die SGK empfiehlt und dazu eine Muster-GO herausgegeben hat) und hat sie darin eine Quotenregelung getroffen, so ist die Fraktion daran gebunden.

Verletzt sie diese GO bei der Besetzung von Stellen, so können sich davon negativ betroffene Fraktionsmitglieder gerichtlich zur Wehr setzen. Zuständig wäre die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Es muss allerdings eine Klagebefugnis gegeben sein. Das setzt voraus, dass die Klägerin (nur die Klage einer weiblichen Abgeordneten kann ich mir zur Zeit vorstellen) zuvor in einer Kampfabstimmung in der Fraktion gegen einen männlichen Abgeordneten unterlegen gewesen ist.

Hierzu ist mir allerdings – anders als beim Fraktionsausschluss – noch keine Gerichtsentscheidung bekanntgeworden.

c) Hat sich die Fraktion keine GO gegeben oder keine Regelung über die Quote getroffen, so könnten subsidiär die obengenannten Statutenregelungen zum Tragen kommen.

Ich sehe allerdings in diesem Falle keine rechtliche Verbindlichkeit – entsprechende Verstöße können nur politisch geregelt werden.

Die Fraktion ist gegenüber der Partei autonom und insoweit rechtlich nicht an Beschlüsse der Partei gebunden.

Eine Klage gegen die Fraktion wäre voraussichtlich aussichtslos.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Niedersachsen e. V.,
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Redaktion: Hannelore Hunter-Roßmann
hannelore.hunter-rossmann@sgk-niedersachsen.de

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: DDV Technik GmbH

Druck: DDV Druck GmbH,
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden
E-Mail: dvd@ddv-mediengruppe.de